



1. Deutscher Diversity-Tag

1. Deutscher Diversity-Tag
Staatsministerin Maria Böhmer: "Vielfalt ist zunehmend ein wichtiger Wettbewerbsvorteil und Standortfaktor"
Staatsministerin Maria Böhmer hat Unternehmen und Institutionen in ganz Deutschland dazu aufgerufen, Vielfalt noch stärker als bisher in den Arbeitsalltag zu integrieren. Böhmer eröffnete heute in Berlin die Impulsveranstaltung zum bundesweit 1. Deutschen Diversity-Tag. Gleichzeitig haben bundesweit über 200 Unternehmen und Institutionen in knapp 350 Aktionen sichtbar gemacht, dass sie bereits jetzt erfolgreich auf vielfältige Teams setzen. "Deutschland setzt heute ein bedeutendes Zeichen: Vielfalt ist eine große Chance und ein Gewinn für unser Land! Die große Resonanz auf den 1. Deutschen Diversity-Tag belegt: Zahlreiche Unternehmen haben die Zeichen der Zeit erkannt und nutzen verstärkt die Potenziale von Frauen, Menschen aus Zuwandererfamilien und von Älteren. Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels ist Vielfalt mehr und mehr ein wichtiger Wettbewerbsvorteil und Standortfaktor. Mit dem heutigen Aktionstag wird die gute Praxis des Diversity-Managements ins Rampenlicht gerückt. Jetzt ist es entscheidend, dass möglichst viele Unternehmen und Institutionen die Impulse des Diversity-Tages aufgreifen und selbst aktiv umsetzen. Vor allem mittelständische Unternehmen können mit Blick auf den Fachkräftemangel von Diversity-Management umfassend profitieren", betonte Staatsministerin Böhmer. Gefragt seien Maßnahmen, die allen Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt und den beruflichen Aufstieg ermöglichen, ungeachtet von Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion, sexueller Orientierung und Identität oder Behinderung. "Zur Stärkung des Zusammenhalts und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist es von zentraler Bedeutung, Vielfalt intensiv als Chance zu verstehen. Dazu gehört auch der Ausbau einer echten Willkommens- und Anerkennungskultur, die die Potenziale von Migranten in den Blick nimmt. Unsere Integrationspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag für diesen gesellschaftlichen Klimawandel. Besonderer Ausdruck hierfür sind der Nationale Aktionsplan Integration, die individuellen Integrationsvereinbarungen und das Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Zugleich verfolgt die Bundesregierung mit dem Fachkräftekonzept ein langfristige angelegtes Konzept zur Sicherung der Fachkräftebasis. Auch dies ist ein deutliches Willkommenssignal", erklärte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. "Den Diversity-Tag wird es künftig einmal im Jahr geben. Initiator des 1. Deutschen Diversity-Tags ist der Verein Charta der Vielfalt e.V., das größte deutsche Unternehmensnetzwerk zum Thema Diversity Management. Immer mehr Unternehmen, Behörden und Institutionen schließen sich diesem Netzwerk an. Inzwischen haben mehr als 1.500 Organisationen mit mehr als 6,5 Millionen Beschäftigten die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Sie verpflichtet Unternehmen und Organisationen dazu, allen Talenten in einem wertschätzenden und vorurteilsfreien Umfeld optimale Arbeitsbedingungen zu schaffen. Staatsministerin Maria Böhmer hat in ihrer Funktion als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration einen festen Sitz im Vorstand des Vereins Charta der Vielfalt e.V. Nähere Informationen finden Sie unter www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag.html
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 01888 / 272 - 0
Telefax: 01888 / 272 - 2555
Mail: InternetPost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>


Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".